

2007/08 Ausland

https://shop.jungle.world/artikel/2007/08/separatisten-unter-beschuss

Separatisten unter Beschuss

Von Boris Kanzleiter

Tote Demonstranten im Kosovo

Zuerst musste der Innenminister des Kosovo, Fatmir Rexhepi, zurücktreten. Dann wurde auch der britische Kommandant der internationalen UN-Polizeitruppe, Stephen Curtis, gefeuert. Der Chef der UN-Verwaltung im Kosovo (Unmik), Joachim Rücker, war sichtlich nervös, als er Mitte voriger Woche versprach, die Vorfälle während der Demonstration der radikalen albanischen Protestbewegung Vetevendosje (»Selbstbestimmung«) am 10. Februar in Pristina aufzuklären.

Tatsächlich hat sich die Unmik mit ihrem umstrittenen Einsatz in eine schwierige Lage gebracht. Behandelnden Ärzten zufolge feuerte die UN-Polizei aus nur wenigen Metern Entfernung mit gehärteter Plastikmunition auf Köpfe und Oberkörper der mehreren tausend Demonstranten, die versuchten, das Parlament zu erreichen. Zwei Demonstranten erlagen ihren Schusswunden, ein Mensch liegt im Koma, über 60 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Keine guten Voraussetzungen für die Verhandlungen um den umstrittenen Status der Provinz. Am Mittwoch wird in Wien der voraussichtlich letzte Versuch der Delegationen aus Serbien und dem Kosovo unternommen, einen Kompromiss zu finden. Doch selbst der UN-Vermittler Martti Ahtisaari glaubt nicht mehr an einen Erfolg. Wie das neu konstituierte serbische Parlament in einer Resolution bekräftigt, wird Serbien einer Abspaltung des Kosovo unter keinen Umständen zustimmen. Genau das aber fordern die Vertreter der albanischen Selbstverwaltung.

Die Proteste in Pristina zeigen dabei deutlich, dass eine weitere Vertagung der Entscheidung über den Status des Kosovo ernste Sicherheitsprobleme verursachen kann. Die stetig anwachsende Bewegung Vetevendosje fordert ein Ende aller Verhandlungen und eine Unabhängigkeitserklärung. Sie richtet sich dabei auch gegen Ahtisaaris Kompromissvorschlag, der eine von der EU »überwachte Unabhängigkeit« vorsieht. In der Unmik sieht Vetevendosje eine »Kolonialverwaltung«, deren sofortiger Abzug gefordert wird. Brisant sind für die Unmik auch Berichte, denen zufolge an der Demonstration mehrere hundert ehemalige Kämpfer der UCK teilgenommen haben sollen.

boris kanzleiter